



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **87. Sitzung (öffentlich)**

23. Januar 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:50 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **7**

**1 Kassenkredite gefährden die kommunale Selbstverwaltung – Das Land hat die Kommunen vor ausufernder Verschuldung zu schützen** **8**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/5033

Ausschussprotokoll 16/779

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt über die Ziffern 1 bis 3 separat ab.

Ziffer 1 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

Ziffer 2 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN ebenfalls abgelehnt.

Ziffer 3 wird mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der FDP ebenso abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und PIRATEN gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

**2 Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene verantwortungsvoll ausgestalten – Kostendeckungsangebot und freiwillige Vorprüfung der Zulässigkeit von Bürgerbegehren normieren** **12**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/7157

Stellungnahme 16/2443  
Stellungnahme 16/2459  
Stellungnahme 16/2469  
Stellungnahme 16/2472  
Stellungnahme 16/2492  
Stellungnahme 16/2493  
Stellungnahme 16/2505  
Stellungnahme 16/2519

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt in der März Sitzung abschließend zu beraten und eine Beschlussempfehlung an das Plenum abzugeben.

**Aktuelle Viertelstunde** **16**

**Welche Risiken drohen den Kommunen durch die Freigabe des Frankenkurses?**

- Bericht durch LMR Benedikt Emschermann (MIK) 16
- Diskussion 17

**3 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung 23**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6091

– Ausschussprotokoll 16/695 –

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Den Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN – siehe Anlage zu TOP 3 – nimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird in der zuvor beschlossenen Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

**4 Chancen nutzen – Kommunale Kooperationen verbessern 27**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5039

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale  
Gemeinschaftsarbeit**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6090

Ausschussprotokoll 16/744

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach kurzer Aussprache lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/5039 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN ab.

Sodann wird der Änderungsantrag – siehe Anlage zu TOP 4 – des Gesetzentwurfs der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6090 wird in der zuvor geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Sowohl zu dem Antrag der CDU als auch zum Gesetzentwurf der Landesregierung wird dem Plenum zur abschließenden Beratung eine Beschlussempfehlung vorgelegt.

## **5 Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten, Verfahren straffen 31**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/6679

Ausschussprotokoll 16/734

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Ohne weitere Debatte lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU den Antrag ab; ein entsprechendes Votum geht an den federführenden Integrationsausschuss.

## **6 Nordrhein-Westfalen muss sich für eine gerechte Verteilung zum Wohl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einsetzen 32**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/7542

In Verbindung mit:

### **Aktueller Sachstand zur Aufnahmesituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalens Kommunen**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2329  
Vorlage 16/2626

Nach kurzer Aussprache kommt der Ausschuss überein, vor einer weiteren Beratung zunächst den Referentenentwurf eines Gesetzesvorhabens zu dieser Thematik auf Bundesebene ebenso abzuwarten wie der mitberatende AFKJ.

**7 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr 35**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/7429

Ohne Aussprache kommt der Ausschuss überein, auf ein Votum zu verzichten.

**8 Mobiles Internet flächendeckend ausbauen – Nordrhein-Westfalen braucht Referenzprojekt für flächendeckende LTE-Versorgung 36**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/7473

Der Ausschuss kommt auf Anregung des Vorsitzenden überein, zunächst das Protokoll der Anhörung abzuwarten und dann zu entscheiden.

**9 Aktueller Erlass des Innenministers – Vorstoß zu unseriöser Haushaltspolitik, um das Scheitern des Stärkungspakts zu verhindern 37**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2588

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

**10 Erwerb von Anteilen an der Steag-GmbH durch ein kommunales Konsortium 38**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2559

Der Ausschuss nimmt ohne weitere Aussprache den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

**11 Verschiedenes**

**39**

**11.1 Beratungsverfahren zum „Zweiten Gesetz zur Änderung des  
Rettungsgesetzes NRW“**

\* \* \*

**7 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/7429

**Vorsitzender Christian Dahm** verweist darauf, dass dieser Gesetzentwurf in der Federführung des Ausschusses für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr liege. Der AKo sei zur Mitberatung aufgerufen.

Der federführende Ausschuss habe gestern getagt und entschieden, keine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Er erwarte das Votum des AKo und wolle in dessen Sitzung am 5. März 2015 seine Beratungen zum Gesetzentwurf abschließen.

Ohne Aussprache kommt der Ausschuss überein, auf ein Votum zu verzichten.

